

Stellungnahme des DBSH Landesverband Nordrhein-Westfalen zur Bürgergeldreform

Köln, 17.11.2025

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) Landesverband Nordrhein-Westfalen nimmt zur geplanten bzw. laufenden Reform des Bürgergeldes Stellung und bewertet die Auswirkungen auf professionelle Soziale Arbeit sowie auf die Lebenslage der betroffenen Menschen.

1. Grundsätzliche Bewertung

Der DBSH LV NRW erkennt an, dass das Bürgergeld ursprünglich als grundlegende Modernisierung der Grundsicherung eingeführt wurde – mit dem Ziel, mehr soziale Teilhabe, realistische Qualifizierungsperpektiven und ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Leistungsberechtigten und Verwaltung zu stärken.

Die nun anstehende Reform birgt jedoch erhebliche Risiken, diese Fortschritte zurückzudrehen. Wir sehen insbesondere die Gefahr, dass erneut Sanktionslogiken, Misstrauenskultur und ein verkürzter Arbeitsmarkt-begriff dominieren, die nicht den realen Problemlagen entsprechen.

2. Soziale Realität anerkennen statt verschärfen

Viele Leistungsbezieher*innen stehen vor komplexen Problemlagen: gesundheitliche Einschränkungen, prekäre Wohnsituationen, mangelnde Kinderbetreuung, psychosoziale Belastungen oder fehlende Qualifikationen. Eine Reform, die primär auf „Beschleunigung in Arbeit“ setzt, ohne sozialarbeiterische Unterstützung auszubauen, wird diesen Realitäten nicht gerecht.

Der DBSH LV NRW fordert daher:

- **Bedarfsgerechte Unterstützung statt pauschaler Sanktionen**
- **Erhöhung der sozialarbeiterischen Fallzahlenstandards in Jobcentern**
- **Stabile Beratungsbeziehungen, die Zeit für Beziehungs- und Motivationsarbeit bieten**
- **Verlässliche psychosoziale Hilfen, die eng mit beruflicher Integration verknüpft sind**

3. Fachliche Kritik an Sanktionen und Kontrollmaßnahmen

Die erneute Verschärfung von Sanktionen lehnen wir ab. Empirisch zeigen Studien, dass Sanktionen häufig:

- die Existenzsituationen verschlechtern,
- psychische Belastungen erhöhen,
- Qualifizierungsprozesse unterbrechen

Stellungnahme

und **keine nachhaltige Integration** herstellen.

Soziale Arbeit arbeitet auf Grundlage von Vertrauen, Begegnung auf Augenhöhe und Ressourcenorientierung. Ein System, das Menschen durch Druck steuern will, steht im Widerspruch zu professionellen Standards unserer Berufsgruppe.

4. Qualifizierung statt kurzfristiger Vermittlung

Eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen schnell in irgendeine Tätigkeit drängt, schafft keine langfristige Stabilität. Viele Betroffene brauchen:

- **Weiterbildung,**
- **berufsabschlussfähige Qualifikationen,**
- **Sprachförderung,**
- **abgestufte Teilhabechancen,**
- **Schutzräume**, um Lebenskrisen zu bewältigen.

Der DBSH LV NRW fordert daher, die Bürgergeldreform so auszurichten, dass Bildung, Qualifizierung und eine nachhaltige Heranführung an Arbeit Priorität erhalten.

5. Kinder, Jugendliche und Familien stärken

Armut ist ein zentrales Risiko für gelingende Entwicklung. Die Reform des Bürgergeldes muss besonders berücksichtigen:

- Armutsprävention,
- verlässliche Leistungen für Kinder,
- Entlastung Alleinerziehender,
- sozialräumliche Unterstützungsstrukturen.

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht den arbeitsmarktpolitischen Zielen der Reform untergeordnet werden.

6. Professionalisierung in den Jobcentern stärken

Soziale Arbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer humanen Grundsicherung. Damit Sozialarbeiter*innen im Jobcenter wirksam unterstützen können, braucht es:

- **klare berufsethische Standards,**
- **ausreichende personelle Ressourcen,**
- **Fortbildungsangebote,**
- **interdisziplinäre Teams,**

Stellungnahme

- **Vermeidung von Fallzahlenüberlastung.**

Eine Reform, die Sozialarbeit lediglich als Überwachungsinstrument missversteht, gefährdet Qualität und Wirksamkeit.

7. Fazit

Der DBSH Landesverband NRW fordert eine Bürgergeldreform, die **Hilfen stärkt statt Hürden errichtet, Lebenslagen ernst nimmt und professionelle Soziale Arbeit im Jobcenter nicht schwächt, sondern ausbaut.**

Grundsicherung soll Menschen stabilisieren und Perspektiven eröffnen – nicht verunsichern oder entwürdigen.

Wir appellieren daher an die politischen Entscheidungsträger*innen, die Reform sozialfachlich verantwortungsvoll auszugestalten.